

Die Zeitung von unten!

Wand

Kölner

Zeitung

August 1984 18

Die Kölner WandZeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt. Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Wer abonniert zahlt 50,- oder 25,- auf Postscheck Köln 381 86/507 G.Siber/Wandzeitung

Herausgeber: SSK e.V. Verlag: Kölner Stadtforum e.V. Druck: Betrieb, Merkenicher Str.99

Verantwortlich: Ulla Göbel

Die Nachfahren des Heiligen Alexius

Mitte Februar diesen Jahres erstickte im "Fachkrankenhaus für Neurologie und Psychiatrie in Köln-Porz, einer der Irrenanstalten der Alexianer-Brüdergemeinschaft e.V. Aachen, der Patient H.-J. Schmitz an einem Apfel. Sein Tod ist aber nicht etwa ein tragischer Unglücksfall.

Staatsanwaltschaft ermittelt

Unter der Leitung von Frau Oberstaatsanwältin Mösch höchstpersönlich, die seit dem berühmt-berüchtigten Brauweiler-Prozeß als Kennerin der Psychiatrie und ihrer Mißstände gilt, ermittelt die Staatsanwaltschaft Köln wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung. Schon am 9. Juli 1984, 2 Wochen nachdem der Staatsanwaltschaft der Vorfall bekannt gemacht worden war, wurden

unter ihrer Aufsicht sämtliche in diesem Zusammenhang bestehenden Akten im Alexianer Krankenhaus beschlagnahmt. Im Rahmen der Ermittlungen werden sich sowohl der Chefarzt Dr. Reinhard Clemens als auch die Alexianer-Brüdergemeinschaft, vertreten durch ihren Provincialrektor Br. Joachim Wetzke, verantworten müssen.

Die Hintergründe der fahrlässigen Tötung von H.-J. Schmitz

Seit Jahren herrschen im Alexianer-Krankenhaus die katastrophalsten Mißstände. Schon 1982 beschäftigte die Kölner Staatsanwaltschaft drei zwielichtige Todesfälle. Diese ereigneten sich nachts, als nur 2 teilweise unausgebildete Hilfspflegerkräfte den

Bereitschaftsdienst für 350 Patienten versehen mußten, der Bereitschaftsarzt aber seinen Dienst zu Hause versehen durfte. Ein Verfahren ist heute noch anhängig und es wird ernsthaft erwogen, Anklage wegen schwerer Organisationsverschulden zu erheben.



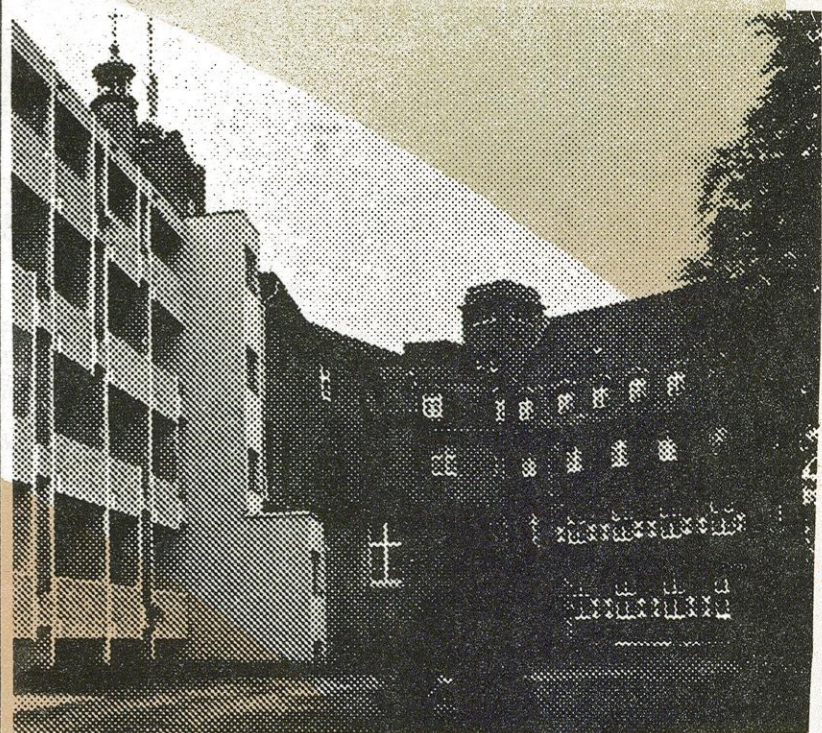
Aber auch wenn die Staatsanwaltschaft in diesem Falle noch zögert, im Falle des Todes von H.-J. Schmitz wird sie Anklage erheben müssen. Denn sein Tod ist aller Wahrscheinlichkeit nach einzig und allein auf folgende Umstände zurückzuführen:

1. H.J. Schmitz war in völlig unverantwortlicher Weise mit überhöhten Dosen schwerster Psychopharmaka vollgepumpt, darunter Neurocil, Haldol und Dominal. Es ist in diesem Zusammenhang medizinisch erwiesen, daß als "Nebenwirkung" solcher "Medikamente" ua. Schluckbeschwerden auftreten.
 2. Die Station war, wie alle Stationen im Haus, personell völlig unzureichend besetzt, zum Zeitpunkt des Vorfalles mit zwei gänzlich unausgebildeten Hilfskräften, von denen keiner über die mit der hohen Dosierung verbundenen Gefahren für die Patienten informiert, geschweige denn in den zu ergreifenden Gegenmaßnahmen angeleitet worden war.
 3. Den beiden Pflegekräften war es nicht möglich, schnell genug einen Arzt herbeizurufen, weil a) die Ärzte nicht mit einem sog. "Piepser", durch den sie ständig rufbereit wären, ausgestattet sind, b) die Pforte, über die normalerweise ein Arzt telefonisch herbeigerufen wird, "besetzt" (Telefon) war, so daß c) einer der Pflegekräfte wertvolle Minuten damit verbringen mußte, durchs Haus zu rennen, bis er zufällig eine Ärztin traf.
- Die Rettungsversuche der Ärztin, die die Ursache des Vorfalles sofort erkannte, wurden zudem noch durch zwei weitere "Mißstände" erschwert: sowohl ein sog. Absauggerät, was auf jeder Station, wo mit so gefährlichen "Medikamenten" wie Psychopharmaka herumhantiert wird, geben sollte, als auch der Notkoffer fehlten. All diese 'Mißstände' sind dem Chefarzt Dr. Clemens, der der Bruderschaft und ihrem Provinzialdirektor 'ein stets ergebener ist', selbstverständlich bekannt. Ernstzunehmende Schritte

dagegen unternimmt er aber nicht. Kein Wunder, denn sein Interesse gilt wohl mehr seinem Bankkonto, das durch seine Privatpatienten, die er im Haus behandelt, und die Verdienste, die er und seine Frau als Ärztin des Alexianer-Krankenhauses beziehen jährlich vorsichtig geschätzt 350.000 DM anschwilt.

In erster Linie verantwortlich ist die Alexianer-Brüdergemeinschaft e.V. Aachen, die die Mißstände ebenfalls kennt und billigt, ohne sich zu einer Veränderung ihrer Finanz- und Personalpolitik, die letztlich ja Voraussetzung solcher Verhältnisse ist, veranlaßt zu sehen.

BEWEIS: Schon bevor der SSK im Jahre 1982 Anzeigen und Beschwerden stellte, hatte die behördliche Aufsichtskommission der Regierungspräsident Köln - 1981 die dürftige personelle Ausstattung des Krankenhauses beanstandet.



Aus allen diesen Gründen meinen wir, daß es an der Zeit ist, diesen "Brüder" das Handwerk zu legen. Was hier unter dem Decknamen christlicher Nächstenliebe praktiziert wird, ist nichts anderes als Ausdruck von Menschenverachtung und Gleichgültigkeit. Der Patient Schmitz ist nicht der einzige, der solchen Mißständen zum Opfer fiel. Auch in diesem Jahr kam es wieder zu einem Selbstmord, als sich der Patient Passmann mit einem Pflanzenschutzmittel vergiftete. 1982 waren es zwei Selbstmorde! Die Brüder werden wohl in dem Glauben leben, daß sie sich einzig und allein vor dem jüngsten Gericht zu verantworten haben werden und es mag ihnen auch überlassen bleiben, sich auszumalen, wie sie dabei abscheiden. Die Patienten sterben jedenfalls einen weltlichen Tod, erleben menschliche Qualen, werden heute eingesperrt, "fixiert"- gefesselt und mit Dämpfungsmitteln vollgestopft. Und solange dies so ist, werden wir weiterhin dafür kämpfen, daß sich die Verantwortlichen für Straftaten an ihren Nächsten auch verantworten müssen. Porzer Selbsthilfe - SSK Ensener Weg 64-68 5000 Köln 90 Tel. (02203) 12880 (von 9.00 bis 24.00 Uhr tägl.)

LKH Merheim

Wenn eine/r die Psychodrogen verweigert...

Daß es eine/r schafft, sich der täglich verabreichten chemischen Zwangsjacke zu entziehen, wenigstens für eine kurze Zeit, passiert nicht oft. Genauso selten allerdings ist es auch, daß im Beisein von Besuchern das gewaltsame Vorgehen der Pfleger nicht mehr versteckt wird, die den Patienten bei Medikamentenverweigerung durch Abspritzen dadurch zu Verweigerung durch Abspritzen dazu zwingen. Im LKH - Merheim konnten wir das erleben, was uns Patienten ständig erzählen:

Am 27.7.84 gegen 18 Uhr flüchtete R. Ollesch auf der Station 14 bei der abendlichen Medikamentenausgabe vor den Pflegern, die ihn zwingen wollten, seine Dämpfungsdosis "freiwillig" zu nehmen. Er hatte mehrere Male lautstark zum Ausdruck gebracht, daß er das "Dreckszeug" nicht nehmen wolle. Von 6 Pflegern unter Anwendung körperlicher Gewalt wurde er ins Stationszimmer geprügelt und gezerrt. Patienten und Beschwerdezentrumsmitglieder wurden, als sie eingreifen wollten, beiseite geschoben. Ollesch mußte Beschimpfungen wie "nutzloser Dreck", "für dich sollte man sich die Finger nicht dreckig machen" über sich ergehen lassen. Als man merkte, daß dieser Überfall durch Proteste von Seiten der Patienten wie der Besucher für ungeheure Unruhe sorgte war die angedrohte übliche Abspritzaktion plötzlich nicht mehr notwendig. Weil dir Sache zu heiß wurde, es zu viele Augenzeugen gab, sah sich Stationsarzt Dr. Schultz zu Sonderverhören von beteiligten Patienten veranlaßt, um sie unter Druck zu setzen und zu maßregeln.

Die folgende "Notkonferenz" des gesamten Personals unter Führung des Oberarztes Naß hatte für einen der beteiligten Patienten schlimme Folgen: Weil er wissen wollte, wie hinter seinem Rücken über ihn verhandelt wird, hielt er sich in der Nähe der Stationszimmertür auf und wurde von Pfleger Neumann auf die Füße getreten. Als STRAFMASSNAHME für seine Lausaktion fand er sich mit GLYANIMON, VALIUM und NEUROCIL vollgestopft 3 TAGE in der FIXIERUNG wieder. (Er hatte vorher neimals Medikamente bekommen.)

Ollesch wurde 3 Tage später von der Station 14 auf eine offene Station verlegt. Auch seine "frühzeitige Entlassung" aufgrund der erfolgreichen Medikamentenverweigerung hielt ihn nicht davon ab, Anzeige wegen Körperverletzung und Nötigung gegen Pfleger, Stationsarzt und Klinikleitung zu stellen. Den unverantwortlichen willkürlichen Umgang der Ärzte mit Psychopharmaka zeigt auch das Beispiel G. Schneider, der nach einem erneuten Aufgreifen durch die Polizei auf der selben Station 14 einen Tag fixiert und vollgestopft mit Dämpfungsmitteln lag. Nach Verlegung auf die Station 12 wurden von Dr. Eberling weiterhin Medikamente angeordnet, die er offensichtlich nicht vertrug. Der Kreislauf hielt diese willkürliche "Behandlung" nicht aus. Er brach zusammen. Auch G. Schneider hatte vehementen Protest gegen die lebenszerstörenden Chemikalien geäußert; er schrieb seine ausdrückliche Verweigerung auf die Stationstafeln - da wo die schönen Therapieplanchen aushängen. Auch er wurde, weil er unbequem war, letzte Woche entlassen.

ES HAT SICH GEZEIGT, daß Verweigerung und Proteste gegen diese unmenschliche "Behandlung" erfolgreich sein können, vor allem, wenn andere Patienten und Besucher von außerhalb tatkräftig unterstützen!!!

Wir unterstützen alle Patienten, die sich gegen diese Zwangsbehandlung zur Wehr setzen und warnen alle Ärzte vor Übergriffen an Patienten. Trotz Zwangseinschaltung durch PsychKG muß der Arzt bei jedem Eingriff die Einwilligung des Patienten vorliegen haben und ihn über die "Behandlung" aufklären.

SSK Beschwerdezentrum
Liebigstr. 25
5000 Köln 30
tel. (0221) 55 61 89

Jeder kann sich an uns wenden, Patienten, Angehörige und Mitarbeiter im LKH!

DIE WAHREN SCHULDIGEN



Dr. Gerhard Wiegand:

Das Gesundheitsamt ist die städtische Behörde, die über die Gesundheit der Kölner Bürger Aufsicht führt. Sie ist der Hüter über Sauberkeit und Hygiene. Alle Gesetze und Verordnungen sind ihr in die Hand gelegt, um dem Wohlbefinden der Bevölkerung zu dienen und gesundheitliche Schäden abzuwenden. Jeder Mitbürger ist beispielsweise durch Schuluntersuchung, Impfangelegenheiten etc. irgendwann einmal in seinem Leben mit dem Gesundheitsamt in Berührung gekommen.

Nur wenigen ist aber bekannt, wie diese Behörden mit Menschen, die in Not, Elend und Verzweiflung geraten sind, verfährt. Da, wo man eigentlich annehmen dürfte, notleidenden Menschen zu helfen, tritt sie diesen mit entwürdigenden Handlungsweisen entgegen. Allzuoft werden im Hauruck-Verfahren alte Menschen in Altenheim eingewiesen und angeblich psychisch Kranke durch Zwangseinweisungen in Irrenanstalten gesperrt und Entmündigungsverfahren eingeleitet. Auch das verbirgt sich hinter dem gesetzlichen Auftrag des Gesundheitsamtes, für die Gesundheit der Bürger Sorge zu tragen!

Wie die Gesundheitsfürsorge jedoch bei den sogenannten Obdachlosen aussieht, das zeigt nur von Menschenverachtung. Nur ein Beispiel war der ehemalige Weltkriegsbunker in der Werkstattstraße in Nippes: Über Jahrzehnte hinweg wurden 5 qm große, fensterlose, feuchte Bunkerzellen an Nichtsehbefähigte durch Vermittlung städtischer Behörden für 40 DM/qm vermietet. Die dort untergebrachten Menschen mußten wie Vieh da leben und erkrankten zwangsläufig an den katastrophalen Verhältnissen in dieser Behausung. Die unvorstellbaren Zustände waren ein Brutherd für alle möglichen Krankheiten wie Nieren- und Bandscheibenschäden, Gürtelrose etc. Auch, als es zu TBC-Erkrankungen mit Todesfolge kam, war dies für das Gesundheitsamt nicht Veranlassung genug, einzuschreiten. Es blieb jedoch über Jahre hinweg untätig!

Erst auf Anzeigen des SSK hin und nach massiven Protesten wurden diese Zustände 1980 in der Öffentlichkeit bekannt. Es dauerte jedoch immer noch 1 1/2 Jahre, bis der Bunker endgültig geschlossen wurde, wobei es erneut zum Auftreten eines TBC-Falles kam.

Nach jahrelangen, unzureichenden Ermittlungen, bei dem selbst die Staatsanwaltschaft die übelsten Zustände im Bunker feststellte, wurden lediglich zwei Strafbefehle gegen zwei ärztliche Angestellte des Gesundheitsamtes erlassen. Denn es ging darum, diesen Skandal, bei dem es unter den Augen des Gesundheitsamtes zu TBC-Todesfällen kam, zu vertuschen und die wahren Schuldigen davon kommen zu lassen. Dies sind:

- Dr. Wiegand (Chef des Gesundheitsamtes).
- Dr. Viersbach (Stellvertreter)
- Dr. Klüter (direkter Vorgesetzter der beiden Ärztinnen, gegen die die Strafbefehle erlassen wurden)

Denn diese hatten eine interne Verwaltungsverfügung erlassen, durch die sie billigend in Kauf nahmen, daß im Bunker und anderen Obdachloseinrichtungen wie Schlafstellen an TBC-Erkrankte zu Tode kamen. Sie setzten sich über gesetzliche Bestimmungen hinweg und verfügten, daß die notwendige Gesundheitsfürsorge für diesen menschlichen Abschaum außer Acht gelassen wurde.

Das Verfahren beim Bunker-Prozess gegen die beiden Ärztinnen ruft bei uns Erinnerungen wach, wie seinerzeit im Brauweiler-Prozess verfahren wurde: Die Straftäter wurden gedeckt, der Arztstand geschützt wo es nur ging und unangreifbar gemacht. Es wurden ein paar Strafbefehle erlassen, die locker bezahlt wurden, aber sonst keinerlei Wirkung und Konsequenzen hatte: Die Straftäter konnten sogar später an einem anderen Ort in ihrem alten Berufsstand wieder tätig werden. Der eigentlich Schuldige jedoch - der Landratschaftsverband - blieb verschont!

Wir fordern:

- Die sofortige Entlassung aller Verantwortlichen und Einleitung von Strafverfahren gegen die Verantwortlichen
- Die Offenlegung aller Akten über den Bunker
- Die Bildung einer unabhängigen Kommission, die die Zustände aller Obdachloseneinrichtungen wie Schlafstellen überprüft

HINWEIS FÜR ALLE, DIE DURCH DAS GESUNDHEITSAMT GESCHÄDIGT WURDEN:
Meldet Euch bei uns (SSK, Salierring 41, 5000 Köln 1, Tel. 213175). Wir werden dafür sorgen, daß die un-menschlich... des Gesundheitsamtes an die Öffentlichkeit gebracht und bekämpft wird !!!

V.i.S.d.P. Klaus Breidenbach, Mitglied im SSK, Salierring 37, 50 Köln 1

WIR WOLLEN DAS IN DER LC 36 WIEDER LEBEN EINKEHRT!

Heute haben wir eine Gruppe von Leuten, mehrere Großraumwohnungen in der Ludolf-Camphauserstr. 36 besetzt. Besitzer des Hauses ist die STADT KÖLN. Seit mehreren Jahren wurde das Haus Zug um Zug entmietet, bzw. nach einem Auszug nicht mehr neu vermietet. Diese Praxis der STADT KÖLN zeigt mal wieder aufs neue, daß es nicht nur die eiskalten Spekulanten sind, die sich mit Samierung, Mieterhöhung und Luxusmodernisierung ihre Konten füllen, sondern immer wieder die kommunalen die Wohnraum lassen. Mittlerweile wohnen nur noch ein paar Familien in die in unzähligen Anfragen KÖLN aufgefordert haben, dringendste Reparaturarbeiten an dem Haus durchzuführen (kaputte Fenster, defekte Sanitär und Elektroinstallationen u.s.w.).

Wir sind Leute, die ihre teure Miete nicht mehr bezahlen können bzw. vor der Zwangsäumung stehen → (Körpersstr. 57) Wir haben vor das Haus zusammen mit den nach verbliebenen Mietern wieder instandzusetzen und das Haus seiner ursprünglichen Bestimmung von Wohnen wieder zuzuführen

Wir fordern die STADT KÖLN zu sofortigen Verhandlungen auf, mit dem Ziel Mietverträge mit uns abzuschließen! Wir sind bereit die nötigen Instandsetzungsarbeiten durchzuführen, wobei die für uns entstehenden Kosten von der zukünftigen Miete abgerechnet werden sollen!

Bebauungsplan wurde aufgehoben
Well die Stadtautobahn, die als Nord-Süd-Verbindung durch den inneren Grüngürtel führen sollte, nicht mehr gebaut wird, hat der Stadtrat jüngst den Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Aachener Straße, Innerer Kanalstraße, Vogelwanger Straße und der Eisenbahn westlich der Innenstadt mit den Stimmen von SPD/FDP aufgehoben. In diesem Bereich soll nun das „innerstädtische Wohnen“ gefördert und der Innere Grüngürtel ausschließlich als Erholungsgebiet hergerichtet werden. Schon 1975 hat der Rat der Stadt den damals mit 550 Millionen Mark veranschlagten Bau der Stadtautobahn zwischen Herkulstraße und Vorgebirgsstraße mit den Stimmen von SPD/FDP abgelehnt. Die Begründung: „Die Befahrung des fließenden Verkehrs innerhalb der Kanalstraße und die Rheinuferstraße voll erfüllt werden.“

Stadtautobahn abzweigen. Weil mal wieder kein Geld da war, ist der Plan dann gestorben.

V.i.S.d.P. B. SETZER LC 36

SKLAVENARBEIT FÜR DIE STADT KÖLN?

DAS LÄUFT NICHT !!!

Die Stadt KÖLN macht mit den SOZIALHILFEEMPFGÄNGERN ein gutes GESCHÄFT! Die meisten Arbeiten im städtischen Bereich läßt sie von Sozialhilfeempfängern machen, die dafür 1,50 DM pro Stunde bekommen: Zum Beispiel in der Zentralwäscherei Merheim, auf den Friedhöfen, im Stadtwald, beim Straßenbauamt. Gäbs die billigen Sozialhilfeempfänger nicht, müßte sie die Leute fest einstellen - zu Tariflohn, mit Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung bei Krankheit und sozialversichert. Stattdessen entläßt sie immer mehr Personal.

Die Stadt Köln gibt keinen Rechtsanspruch auf Unterstützung!
Sie gilt nicht als Personalersatz!
Bei Verlust keine Entschädigung!
Behörden, Ärzte, Firmen u.ä. werden gebeten, Vorgesetzten schriftlich zu bestätigen.

WIR SIND DOCH NICHT BLÖD!
Viele von denen, die zu dieser ZWANGSARBEIT verdonnert werden, wehren sich auf ihre Weise --- und müssen nicht arbeiten!

- Schon das Auftreten bei den "Hilfe zur Arbeit"-Leuten ist entscheidend. Wenn Du denen gleich klarmachst, daß das mit Dir nicht läuft, mit den anderen Leuten im Wartezimmer diskutierst oder denen Flugblätter wie dieses verteilst, schrecken sie unter Umständen zurück. Du brauchst dann nicht zu arbeiten. Denn sie haben eine Heidenangst, mit ihrem neuen "Reichsberufsdienst" irgendwelchen Wirbel zu machen. Wollen sie dich trotzdem zu einer Arbeit schicken --- verlange einen SCHRIFTLICHEN BESCHEID darüber mit Rechtsmittelbelehrung! Dann lassen sie möglicherweise nie mehr von sich hören - andernfalls kann man dann WIDERSPRUCH einlegen!
- Man kann sich KRANKSCHREIBEN lassen. Oder den Sklavensmittlern am Hohenstauffenberg seine Arbeitswilligkeit demonstrieren; man sei ja noch nicht so lange arbeitslos, sei ständig auf der Suche nach einer Lehrstelle usw. Angeblich brauchen Leute, die noch kein ganzes Jahr arbeitslos sind, keine Zwangsarbeit machen.
- Eine andere Methode ist die versteckte VERWEIGERUNG der Arbeit - das heißt: langsam Arbeiten, bummeln sich um die Vorarbeiter nicht scheren. Oder ständig Mist bauen, alles falsch machen. Dann bist Du schneller aus der Arbeit raus als Du denkst, ohne daß sie Dir was anhaben oder Leistungen kürzen können!

GEMEINSAM DIE ZWANGSARBEIT VOM TISCH FEGEN !!!
Solange aber jeder einzeln die Zwangsarbeit verweigert oder sich irgendwie raustreibt, können sie den weiteren Ausbau dieser Zwangsarbeit ungestört fortsetzen. Und die Schraube weiter andrehen: immer mehr werden zum Vertrauensarzt geschickt, das Zwangsmittel der Leistungskürzung oder -Streichung wird brutaler eingesetzt, immer mehr werden gezogen.

Dagegen können wir nur zusammen vorgehen! Indem wir zusammen auf den einzelnen Arbeitsstellen Aktionen machen, die Arbeit damit blockieren und den Bossen klarmachen, daß es so nicht weitergeht. Oder indem wir vor dem Hohenstauffenberg demonstrieren und die in Köln herrschende SPD an den faschistischen Ursprung dieses Arbeitsdienstes erinnern. Sozialhilfeempfänger, die sich an solchen Aktionen beteiligen, werden sowieso sofort von der Arbeit freigestellt, ohne daß sie ihnen das Geld streichen können. Letztlich müßte gemeinsam die Zwangsarbeit verweigert werden: STREIK!

WEG MIT DER ZWANGSARBEIT!
oder freiwillig:
FESTE ARBEITSSTELLEN ZU TARIFLOHN UND SOZIALVERSICHERT !!!

Initiative WEG MIT DER ZWANGSARBEIT,
Jeden DONNERSTAG, 17.00 UHR, im KALZ, Philipstr. 23 (Ehrenfeld), Tel. 51 81 11

DIE VERSICHERUNGS-GEIER FRESSEN AN DEN RINGEN ALLES

So auch die CENTRAL KRANKENVERSICHERUNG die oberen Stockwerke des Hauses am Hansaring 83. Seit Jahren betreibt sie unter dem „Deckmäntelchen“ der Modernisierung - WOHNRAUMZWECKENTFREMUNG - ! Die ehemaligen Bewohner wurden mit schönen Worten „Wir schaffen hier besseren Wohnraum“ nach und nach rausgesetzt. Um ihnen die Entscheidung schmackhaft zu machen, wurden sie mit zusätzlichen Vergünstigungen, z.B. Erlaß von Renovierungskosten, gefüttert.

Als der Versicherungsgeier „CKV“ dann endlich die letzte Wohnung geschluckt hatte, zeigte er jedoch sein wahres Gesicht. Gegen die Bestimmungen des Bundesbaugesetzes wurde klammheimlich Wohnraum in Büroraum umgewandelt.

PREISWERTER WOHNRAUM WIRD ZERSTÖRT, UM DER PROFITIERER DER VERANTWORTLICHEN GENÜGE ZU TUN. ALLE REDEN VON WOHNUNGSNOT - AUF DIESE WEISE SCHAFFT MAN SIE !!!

Aber damit noch nicht genug
Als die CENTRAL KRANKENVERSICHERUNG auf diese „Gesetzwidrigkeit“ aufmerksam gemacht wurde, besaß sie auch noch die Unverschämtheit, diesen MISSTAND als ein UNBEDEUTENDES VERSEHEN ihrer „ach so“ renommierten Versicherung darzustellen.

Und was macht das Wohnungsamt ?
Statt die notwendigen Maßnahmen einzuleiten
- unterstützt Wohnungsamtleiter Uwe Kessler die Tragheit seiner Untergebenen
- provoziert gemeinsam mit diesen ein baldiges Vergessen der ganzen Schweinerei
- ermöglicht das Verstauben der Akten
- sichtet mehr oder weniger tatenlos zu, wie die „CKV“ und andere Versicherungen Gesetze mit Füßen treten.

Alexander Brahm, Köln, Prokurist der Central Krankenversicherung AG Hansaring 38

Uwe Kessler, Wohnungsamtleiter

OB Norbert Burger schließlich meint, daß die Versicherungsbranche in Köln ja „schon immer einen goldenen Boden“ gehabt habe und Köln „eine gute Stadt für Investitionen sei“. Mit anderen Worten: DIE STADTVÄTER NEHMEN BILLIGEND IN KAUF, DASS DIE VERSICHERUNGEN IHRE PALÄSTE AUF DEM RÜCKEN DER VIELEN WOHNUNGS-SUCHENDEN AUFBAUEN UND AUSBREITEN !

Aber das ist ja nichts Neues
Seit Anfang der 70er Jahre können die Versicherungen wie Allianz, Gothaer, Central Krankenversicherung an den Ringen schalten und Gesetze brechen, wie sie wollen. Immer wieder fallen ganze Häuserblocks wie in der Erftstraße, Hermann-Becker-Str., Hansaring ihrem Größenwahn zum Opfer, sei es durch illegalen Abriss oder - wie am Hansaring 38 - durch geschicktes Vertuschen der wahren Interessen.

WIR FORDERN
- Daß die Behörden dieses menschenfeindliche Treiben endgültig unterbinden
- Daß sich auch Versicherungen an geltende Gesetze zu halten haben
- Daß der Wohnraumzweckentfremdung im Hansaring 38 unverzüglich ein Ende gesetzt und hier wie es jahrelang war - Wohnraum für die sozialschwächeren Bevölkerungsschichten hergestellt wird.

v.i.S.d.P. Elke Reinelt und Jupp Fendt, Mitglieder im SSK, Salierring 41, 5000 Köln 1
August 1984